

*Wir wünschen allen unseren Mitgliedern und Unterstützern ein ge-
ruhsames Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Jahr
2019*



3. Landesnaturschutztagung in Gießen

Der diesjährige Landesnaturschutztag stand unter dem Motto 'Insektensterben! Und jetzt? - Wissenschaftlicher Sachstand und Wege aus der Biodiversitätskrise im Offenland'. Die Vorträge beschäftigten sich mit allgemeinen Ursachen für den Insektenschund v.a. im Grünland, zeigten anhand von Beispielen den Wandel in der Insektenfauna einiger Regionen auf und berichteten über Aktivitäten zum Schutz der Insekten und zum Stopp des allgemeinen Artenrückgangs im Offenland. Vertreter des Sachverständigenrats und des wissenschaftlichen Beirats für Biodiversität und genetische Ressourcen beim BMEL erläuterten ihre Stellungnahme: Für einen flächenwirksamen Insektenschutz. Die Tagung war, wie schon die vorhergehenden, gut besucht, was auch an dem aktuellen Thema gelegen hat.



Foto: Andreas Bender

Gänsejagd an der Radenhäuser Lache

Am Sonntag, den 28. Oktober 2018 fand an der Radenhäuser Lache eine Gänsejagd statt. Wie in den vergangenen Jahren gönnte der im Gebiet Radenhäuser Lache zuständige Jagdpächter seinen Jagdgästen das weiterhin einmalige Jagderlebnis der Gänsejagd auf dem abendlichen Gänsestrich. Möglich ist diese Jagd durch das Verhalten der Gänse, mit Einsetzen der Dämmerung von den Äsungsplätzen in den Ohmwiesen auf die Wasserfläche der Radenhäuser Lache zum Nächtigen zu wechseln. Bemühungen von Seiten der Naturschutzverbände, im Vogelschutzgebiet Amöneburger Becken die Jagd auf Enten und Gänse (Stockente, Graugans, Nilgans) auszuschließen, wurde von der Oberen Naturschutzbehörde abgelehnt mit dem Hinweis auf die neue NATURA 2000-VO, in der bei der Wasservogeljagd ein Mindestabstand von 70 m von den Wasserflächen einzuhalten ist. In der Praxis ändert das für die zum Nächtigen einfallenden Wasservögel wenig. Einzig die Möglichkeit 70 m vor der Wasserfläche noch hoch genug zu sein, erhöht die Chance nicht von Schrotkugeln getroffen zu werden.

Nach unschönen Ereignissen in der Vergangenheit wurden in den letzten drei Jahren Vertreter des Naturschutzes und des Amtes für den ländlichen Raum, welches für die amtliche Betreuung des Vogelschutzgebietes zuständig ist, als Jagdbeobachter eingeladen. In diesem Jahr verlief die Jagd so, dass sich die Schützen in etwa 70 m Abstand nordwestlich der Wasserfläche vor einem Heckenzug aufstellten. Der Zeitpunkt war relativ spät gewählt, da die Dämmerung schon einsetzte. Sowohl bei den Schützen selbst, als auch auf dem Beobachtungsturm an der Lache waren Jagdbeobachter zugegen. Insgesamt wurde etwa 8 bis 9-mal auf anfliegende Gänse geschossen, ohne dass eine Gans zu Boden ging.

Interessant ist das Verhalten eines größeren Gänsetrupps, der die Schützenkette von Nordwesten kommend hoch überflog, etwa über dem Hofgut Radenhausen wendete und nun von Südosten kommend direkt vor dem Beobachtungsturm wasserte. Das heftige Geschnatter der Tiere klang in den Ohren der Beobachter etwa wie: 'Ha, die Jäger haben wir jetzt aber ausgetrickst'. Möge das in Zukunft immer so gut ausgehen.

Ungeplante Renaturierung

Unter diesem Titel fand am 08. November 2018 eine Veranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus Göttingen statt, mit der über den neuen WRRL-Viewer, über ein 'Zeitfenster zur Baumaßnahmen an Gewässern aus Sicht des Natur- und Artenschutzes', über eine 'ungeplante Renaturierung der Wetschaft im Bereich Lahntal-Göttingen' und über 'Herausforderungen einer ökologischen Baubegleitung einer nicht geplanten und unvorhersehbaren Gewässerrenaturierung' informiert wurde. Nachmittags besichtigten die Teilnehmer einen umgesetzten Renaturierungsabschnitt an der Wetschaft in Lahntal-Göttingen.

Stand der Umsetzung der Wasserrahmen-Richtlinie (WRRL) in Hessen

Im letzten Beirat zur Umsetzung der WRRL in Hessen berichtete das Umweltministerium über den derzeitigen Umsetzungsstand. In Deutschland befinden sich etwa 8,4 % der Oberflächengewässer in einem guten bzw. sehr guten Zustand, was deutlich unter dem Ergebnis der EU mit 37% der Gewässer liegt. Auch wenn die Bewertungsmaßstäbe in den Mitgliedsländern unterschiedlich sind, liegt Deutschland weit hinter den anderen Ländern. In den Maßnahmengruppen 1-3 (Flächenbereitstellung, Gewässerentwicklung und Durchgängigkeit) sind in Hessen etwa 50-60 % der Maßnahmen begonnen und 25 % der Maßnahmen abgeschlossen. Dabei haben die Unterstützungsleistungen des Landes, z.B. durch 100%ige Finanzierung für Synergiemaßnahmen NATURA 2000/WRRL', die Einbindung der WRRL in die Biodiversitätsinitiative des Landes oder durch Fortbildungen und Beratungen der Maßnahmenträger noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Bis 2027 ist nicht mehr viel Zeit, die hessischen Gewässer in einen guten ökologischen Zustand zu bringen.

18. Hessisches Wasserforum in Gießen

‘Gewässerschutz und Landwirtschaft - wie geht es weiter?’ war das Thema des 18. Hessischen Wasserforums, das am 20. November in Gießen stattfand. In mehreren Vorträgen wurde das Thema beleuchtet, wobei insbesondere Forderungen nach mehr Beratung in der landwirtschaftlichen Praxis vor allem in Fragen des Düngemiteleinsatzes erhoben wurden. Ein interessanter Vortrag berichtete über das Wasserschutzbrot bzw. über ‘essbaren Grundwasserschutz: Wie ein Brot das Grundwasser schützen kann’. In dem Projekt haben sich verschiedene Akteure zusammengeschlossen (Wasserversorger, Landwirte, Mühlenbetreiber, Bäcker), die ein ‘Wasserschutzbrot’ herstellen und vermarkten. Das Projekt wird von einer intensiven Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleitet und hat in nur 4 Jahren einen großen Erfolg erbracht (ca. 130 ha Anbaufläche für Brotgetreide, 14 Landwirte, 7 Wassererzeuger, 3 Mühlen, 14 Bäcker etc.). Den Abschluss der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion mit dem Titel ‘Gewässerschutz und Landwirtschaft: Da geht noch mehr - Perspektiven und Ziele’. Hier trafen z.T. kontroverse Ansichten aufeinander, wobei jedoch einheitliche Meinung war, dass v.a. der Düngemiteleinsatz in der Landwirtschaft reduziert und die Bestimmungen besser kontrolliert werden müssten, auch durch eine intensiviertere landwirtschaftliche Beratung.

Geld für Burgwald-Moore

Der Burgwald ist bekannt für seine Moore, deren Wert in den letzten 2 Jahren durch ein Moorgutachten im Auftrag des Forstamtes erneut bestätigt und ergänzt wurde. Jetzt hat das Hessische Umweltministerium 50.000 € für Renaturierungsarbeiten bereit gestellt, mit denen einem Moorwachstum Impulse gegeben werden sollen. Es ist geplant entlang des Oberlaufs des Roten Wassers vom Quellbereich bis zu den Franzosenwiesen auf ca. 2 km Länge Nadelbäume aus dem Talgrund zu entfernen. Damit soll dem Roten Wasser die Möglichkeit gegeben werden, sich weitflächig auszubreiten und eine Moorregeneration einzuleiten. Ein weiterer Teil der Mittel soll für den Abschluss einer Vernässungsmaßnahme, die 2017 begonnen wurde, verwendet werden.

Erfahrungsaustausch der Gebietsbetreuer

Wie jedes Jahr fand auch 2018 der Erfahrungsaustausch der NSG-Betreuer im Forstamt Kirchhain statt. Dabei ging es v.a. um die Abstimmung der Pflegeplanung 2019 aber auch um allgemeine Probleme in den Schutzgebieten.

Schutz der Aufrechten Weißmiere

Eine sehr unscheinbare Pflanze, in Mitteleuropa überall selten geworden und doch im Landkreis Marburg-Biedenkopf noch mit einem Schwerpunkt-vorkommen in Hessen vertreten. Ziel eines Projektes von UNB und ONB und weiteren Akteuren ist der Erhalt eines Vorkommens am Rande des NSG Kehnaer Trift und die Wiederansiedlung im Schutzgebiet selbst. Im September wurden daher Samen, die in der Umgebung gewonnen und vom Botanischen Garten der Stadt Frankfurt vermehrt worden waren, an geeigneter Stelle im NSG ausgesät. Nun hoffen alle Beteiligten, dass der Samen im nächsten Jahr keimt und die Wiederansiedlung geglückt ist.

(Zeichnung: Wikipedia)



158. *Moenchia erecta* Gaertn.
Upright Manchia.

Landkreis gewinnt Wettbewerb des Bundesumweltministeriums

Bereits seit einigen Jahren versucht der Landkreis das Thema Biodiversität und die Umsetzung der hessischen Biodiversitätsstrategie durch einen Bürgerdialog zu unterstützen. Dabei wurden auf Landkreisebene verschiedene thematische Arbeitsgruppen eingerichtet. Aber erst die Ideen und Aktionen auf der Gemeindeebene (sog. Gemeindechecks) bringen konkrete Maßnahmen zur Umsetzung. Mit dieser Strategie der Bürgerbeteiligung hatte sich der Landkreis an der Ausschreibung des Bundesumweltministeriums beteiligt,

Aus der Pressemitteilung des Landkreises:

Der in diesem Jahr vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zum ersten Mal ausgeschriebene Wettbewerb zeichnet herausragende Bürgerbeteiligungsprojekte aus, die als Beispiele guter Praxis dienen können. Dabei setzte sich Marburg-Biedenkopf als einziger prämierter Landkreis und hessischer Beitrag mit dem Bürgerdialog Biodiversität unter fast 160 Beiträgen in der Kategorie „Strategie“ durch. ...

Der Bürgerdialog Biodiversität ist ein seit mittlerweile zwei Jahren laufender, dauerhafter Prozess, an dem sich neben Mitarbeitern der Verwaltung, professionelle Akteure des Natur- und Artenschutzes sowie Bürgerinnen und Bürger dauerhaft beteiligen. Am Beginn stand, unterstützt von der Möglichkeiten der Online-Beteiligung, zunächst eine Auftaktkonferenz. Hieran schlossen sich die Gründung verschiedener durchgängig aktiver Arbeitsgruppen sowie lokaler Ortsteil-Initiativen an. Solche sogenannten Gemeindechecks laufen bereits in Niederwalgern und Kleinseelheim und sollen dabei helfen, Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu aktivieren und bei Verwirklichung eigenständiger Projekte unterstützen.

Gemeinde Breidenbach klagt gegen Teilregionalplan Energie

Die Gemeinde Breidenbach will im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens gegen den Teilregionalplan Energie des Regierungspräsidiums Gießen gerichtlich vorgehen. Der Grund hierfür ist, dass der Plan nach der 2. Offenlegung trotz erheblicher Änderungen nicht erneut ausgelegt wurde und dass zudem die Gemeinde durch Vorranggebiete für die Windkraftnutzung reichlich bedacht ist (8 % der Gemeindefläche gegenüber 2 % als politisches Ziel des Landes Hessen). Den zur Steuerung der Flächennutzungen im Gemeindegebiet aufgestellte Flächennutzungsplan, der auch zur Steuerung weiterer Windkraftanlagenstandorte beitragen soll, kann solange nicht in Kraft gesetzt werden, bis der Teilregionalplan beschlossen ist.

Keine Tankstelle in Amöneburg

Nach dem heftigen Widerstand von Bürgern aus Amöneburg hat der Investor das Projekt Tankstelle am Fuß der Amöneburg nahe Radenhausen aufgegeben. Die OP (s. nächste Seite) berichtete in ihrer Ausgabe vom 27. Oktober ausführlich darüber.

Investor gibt umstrittenes Projekt auf

Amöneburg bekommt keine Tankstelle · Bürgermeister und Investor kritisieren das Regierungspräsidium

Nach mehr als zwei Jahren intensiver Diskussionen, einiger Zustimmung aber vor allem jeder Menge Kritik gibt Investor Richard Lagotka auf. Das „Zankstellen-Projekt“ gehört der Geschichte an.

Fortsetzung von Seite 1
von Florian Lerchbacher

Amöneburg. Die Pläne für die Tankstelle haben die Menschen in zwei Lager gespalten – beispielsweise die Stadtverordnetenversammlung, in der Befürworter aber auch Kritiker saßen. Und scheinbar auch das Regierungspräsidium: In einer Pressemitteilung monieren Bürgermeister Michael Plettenberg und Investor Richard Lagotka von der Marburger Mineralölfirma „Knies + Lagotka“, dass sie einst aus dem Regierungspräsidium Gießen die Information bekommen hätten, dass für den geplanten Standort eine Abweichungsentscheidung der Regionalversammlung von den Zielen des Regionalplans Mittelhessen nicht nötig sei – dies habe Hoffnung gemacht.

Allerdings hatte der Leiter des „Dezernats 31 – Regionalplanung, Geschäftsführung der Regionalversammlung, Wirtschaft, Bauleitplanung“ nach der ersten Berichterstattung der OP über die Tankstellen-Pläne von sich aus mitgeteilt, dass dem Vorhaben aus planungsrechtlicher und bauplanerischer Sicht nicht zugestimmt werden könne. Das Dezernat sah die Pläne kritisch – auch wegen der Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Insofern forderte der Leiter, alternative Standorte in Gewerbegebieten zu prüfen. Die Pressestelle ließ damals wissen, dass dies eine frühzeitige Klarstellung der Einschätzung des Regierungspräsidiums Gießen sei.

Der Investor ließ sich von einem Planungsbüro die Unterlagen für einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan erstellen. Gleichzeitig machte sich in der Stadt Widerstand breit und eine Bürgerinitiative, die sich gegen die Tankstelle richtete, gründete sich. Im Juni 2018 erfolgte die



An dieser Stelle sollte die umstrittene Tankstelle entstehen.
Archivfoto: Florian Lerchbacher

Offenlegung des Bebauungsplanentwurfs – und zahlreiche Amöneburger äußerten sich negativ zu dem Projekt. Ausschlaggebend sei aber die Stellungnahme des Regierungspräsidiums (RP) Gießen gewesen, teilten Lagotka und Plettenberg mit: Die gleiche Abteilung, die ihnen einst Hoffnung gemacht habe, habe nun Bedenken geäußert und angekündigt, der ebenfalls notwendigen Änderung des Flächennutzungsplans nicht zustimmen zu wollen. Das RP habe die Entstehung eines sogenannten Siedlungsplitters und damit eine städtebauliche Unordnung befürchtet.

Lagotka und Plettenberg sind anderer Meinung und führen daraufhin nach Gießen und verwiesen auf Tankstellen in Mittelhessen, die in ähnlicher vom Ort abgesetzten Lage existieren. „Da nun jedoch jetzt absehbar ist, dass das Baurecht nur im Wege einer Klage gegen das Land Hessen durchsetzbar wäre, hat sich der Investor jetzt dazu entschieden, das Projekt nicht mehr weiter zu verfolgen“, heißt es in der

gemeinsamen Pressemitteilung von Plettenberg und Lagotka – der am Dienstag auf Anfrage der OP noch gesagt habe, es gebe keine Neuigkeiten zum Projekt.

Erleichterung bei der Bürgerinitiative

Der Investor gibt zu, enttäuscht zu sein – verweist aber gleichzeitig darauf, dass seine Entscheidung nicht „nicht an der nachlassenden Zustimmung aus der Bevölkerung, vornehmlich aus der Amöneburger Kernstadt“ liege. Die beiden Männer behaupten sogar, dass sich – bei einer Abstimmung – nur eine Minderheit gegen das Projekt ausgesprochen hätte. Plettenberg glaubt, dass die Stadt durch die Aufgabe des Projekts in ihrer Entwicklung beeinträchtigt sei und Nachbargemeinden, die ebenfalls versucht hätten, das Projekt zu verhindern, nun in die Hände klatschen könnten, weil sie ihre eigenen Projekte jetzt besser durchbringen könnten.

Auf Seiten der Bürgerinitiative

herrscht Erleichterung. Winfried Nau spricht von einer „vernünftigen Entscheidung“ des RPs – und ist gleichzeitig verwundert, dass der Bürgermeister sich emotional in der Pressemitteilung äußert. Er habe versucht, das Projekt durchzuboxen und die Stadtverordneten vor allem zu Beginn der Diskussionen nicht ausreichend informiert – und so glaubt Nau, dass die Stadtverordneten heutzutage nicht mehr mehrheitlich für das Projekt wären. „Vereint in Hoffnung und Trauer“, kommentiert er die „beschämende“ Pressemitteilung von Plettenberg und Lagotka: „Es ist traurig, dass da so viele Emotionen drin sind.“

Vor allem aber ärgert er sich über die Behördenschelte Plettenbergs. Die Kritik Richtung RP sei unangemessen. Zudem moniert Nau, dass Plettenberg sich abfällig über die Einwände der Bürger geäußert habe, die – grob gesagt – immer die gleichen gewesen seien und zudem „ohne Weiteres fachlich zu entkräften“ gewesen wären: „Die Bürger

werden hingestellt wie kleine dumme Jungen.“ Dem sei nicht so: „Es gab zahlreiche substanzielle Beiträge.“ Doch vor allem überwiegt bei der Bürgerinitiative nun die Freude, dass Amöneburger vor einer schlechten Investition bewahrt worden sei.



KOMMENTAR
von
Florian Lerchbacher

Vom Kind und der Herdplatte

Amöneburg bekommt keine Tankstelle. Gut so. Wie schrecklich war die Vorstellung, eines Tages von einer Exkursion in die Schönheit der Natur zur Radenhäuser Lache direkt quer über die Straße in den Muff von Benzin und Abgasen zu gehen. Und wie gruselig war die Version des Basaltkegels, an dessen Fuß die Lichter der Industrialisierung aufblinken.

Die Tankstelle bleibt den Amöneburgern erspart – was aber auch kein Wunder ist. Ein erster Hinweis hätte sein können, dass die Stadt schon mehrfach damit gescheitert ist, Gewerbe am „Amöneburger Dreieck“ anzusiedeln. Ein weiterer Hinweis hätte der „Warnschuss“ sein können, den das Regierungspräsidium Gießen vor mehr als zwei Jahren abfeuerte. Schon damals hieß es, dass dem Projekt nicht zugestimmt werden könne.

Doch wie war das gleich mit dem Kind und der Herdplatte? Ach ja, richtig: Es muss erst draufpacken, um zu glauben, dass die Platte auch wirklich heiß ist. Manchmal verursacht so etwas ausschließlich Schmerzen. In diesem Fall hat es den Investor auch noch Geld gekostet, schließlich waren die ganzen Planungsarbeiten ja auch nicht kostenlos.

Auszug OP vom 27.10.2018

v.i.S.d.P

Gerhard Wagner, AK Marburg-Biedenkopf der HGON e.V., In den Erlengärten 10, 35288 Wohratal

Wollen Sie den Newsletter abbestellen, dann klicken Sie [hier](#).



HGON
Hessische Gesellschaft
für Ornithologie und
Naturschutz e.V.